



HESSSEN

Bericht aus Brüssel

14/2026 vom 24.07.2026

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union

21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel

Tel.: 0032.2.739.59.00

E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis¹

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	3
Europäischer Ausschuss der Regionen.....	4
Wirtschaft.....	4
Verkehr.....	4
Energie.....	5
Forschung.....	5
Finanzen.....	6
Soziales.....	7
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	7
Landwirtschaft und Umwelt.....	8
Justiz.....	8
Inneres.....	9
Information, Kommunikation und Medien.....	10
Veranstaltungen.....	10
Vorschau.....	11

¹ Redaktionsschluss ist am 15.07.2026

Kommission; Vorschlag neuer Sanktionsregelungen gegen Schleuser und Menschenhändler

Die Kommission hat am 09.07.2026 eine neue Sanktionsregelung der EU zur Bekämpfung der Schleusung von Migranten, des Menschenhandels und anderer schwerer Formen der organisierten Kriminalität, einschließlich des Handels mit Feuerwaffen und illegalen Drogen sowie der Geldwäsche, vorgeschlagen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind u.a. das Einfrieren von Vermögenswerten für gelistete Personen oder Organisationen sowie Reiseverbote durch EU-Mitgliedstaaten. Organisierte Kriminelle destabilisieren laut der Kommission Gesellschaften, untergraben Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und schwächen die wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit – zudem stellen sie eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit und die Werte der EU dar.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1562

Rat; Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

Am 13.07.2026 tagte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten und beschäftigte sich u.a. mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Hierbei ging es vor allem um die militärische Unterstützung der Ukraine seitens der EU und insbesondere um den dringenden Bedarf an Unterstützung im Bereich der Luftverteidigung. Auch die Energieversorgungssicherheit der Ukraine im Hinblick auf den kommenden Winter einschließlich des Schutzes und der Instandsetzung kritischer Energieinfrastruktur stand im Mittelpunkt der Gespräche. Außerdem verabschiedete der Rat weitere restriktive Maßnahmen gegen Personen und Organisationen, die u.a. verantwortlich sind für Cyberangriffe und destabilisierende Aktivitäten, schwere Menschenrechtsverletzungen gegen ukrainische Kriegsgefangene und zivile Häftlinge, sowohl in den vorübergehend besetzten Regionen der Ukraine als auch in Russland.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2026/07/13/>

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des EP vom 06.-09.07.2026 in Straßburg

Mehr Rechte für Fluggäste

Am 07.07.2026 bestätigte das EP die mit dem Rat im Vermittlungsausschuss vereinbarten Änderungen der Vorschriften über Fluggastrechte. Die Vorschriften sollen Fluggäste vor den Folgen von Reisestörungen schützen, zum Beispiel bei Nichtbeförderung und verspäteten oder annullierten Flügen. Das EP konnte erreichen, dass Fluggäste bei Annullierungen auch künftig ein Recht auf Kostenerstattung oder anderweitige Beförderung haben. Flugreisende haben außerdem nach wie vor Anspruch auf Entschädigung, wenn ihr Flug mehr als drei Stunden verspätet ist oder weniger als 14 Tage im Voraus annulliert wird. Gleiches gilt, wenn sie nicht an Bord gelassen werden. Die Höhe der Entschädigung bei verspäteten oder annullierten Flügen bleibt unverändert und hängt von der Flugentfernung ab.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0238_DE.html

Fortschritte Serbiens auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft

Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft erfordern nicht nur die Verabschiedung von Reformen, sondern auch deren konsequente und vollständige Umsetzung - davor warnt das EP in einem am 08.07.2026 verabschiedeten Bericht über Serbien. Es bestehe eine anhaltende Kluft zwischen der Angleichung der serbischen Rechtsvorschriften an die EU-Vorschriften und der tatsächlichen Umsetzung der Reformen, was die Fortschritte des Landes weiterhin untergrabe, heißt es in dem Bericht.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0261_DE.html

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 06.07.2026 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „EU-Fahrplan zur Transformation der Verteidigungsindustrie“, „Cybersicherheitsüberprüfung und Rechtsakt über digitale Netze“ sowie „Verordnung zur industriellen Beschleunigung“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2231728&meetingSessionId=2290583>

Wirtschaft

Rat; Europäisches Semester 2026: Annahme der länderspezifischen Empfehlungen

Am 10.07.2026 nahm der Rat seine länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters 2026 an. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Energieversorgungssicherheit, wirtschaftliche Sicherheit, Verteidigungsbereitschaft und soziale Gerechtigkeit. Die Mitgliedstaaten werden u.a. dazu aufgefordert, Fortschritte bei den Prioritäten zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit zu erzielen. Zudem werden Empfehlungen für eine verbesserte Haushaltslage oder die Umsetzung energiebezogener Maßnahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung ausgesprochen. Parallel dazu hat der Rat außerdem Schlussfolgerungen bezüglich des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht gebilligt, das Gefährdungen der Wirtschaftsstabilität im EU-Raum verhindern soll.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/07/10/european-semester-2026-council-adopts-country-specific-recommendations/>

Kommission; Stärkere Innovationsleistung Europas im globalen Wettbewerb

Am 09.07.2026 veröffentlichte die Kommission den Europäischen Innovationsanzeiger (EIS) 2026. Dieser zeigt, dass sich die Innovationsleistung der EU seit 2019 um 11,6 Prozentpunkte verbessert hat. Zwischen 2025 und 2026 stieg die Leistung um 1,7 Prozentpunkte. SWE, DNK und die NDL führen das Ranking als „Innovationsführer“ an, während MLT erstmalig die Schwelle zum „starken Innovator“ überschritten hat. Außerhalb der EU sind Südkorea und China wie im Vorjahr die stärksten globalen Wettbewerber. Erstmals wurde auch Georgien in den Anzeiger aufgenommen, was die erweiterte Reichweite von Horizont Europa widerspiegelt. DEU verbesserte sich gegenüber 2019 um 5,4 Prozentpunkte und gegenüber 2025 um 3,0 Prozentpunkte. DEU liegt damit im Ranking der Mitgliedstaaten als „starker Innovator“ mit 111,2% des EU-Durchschnitts auf Platz 9. Der Innovationsanzeiger bewertet jährlich die Innovationsleistung der Mitgliedstaaten, Nachbarländer und anderen wichtigen globalen Wettbewerbern, basierend auf 32 Kriterien und ist damit ein wichtiges Instrument zur Überwachung der Schließung der Innovationslücke zwischen der EU und globalen Akteuren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1556

Verkehr

Kommission; Durchführungsverordnung zur Stärkung der nachhaltigen städtischen Mobilität

Am 09.07.2026 nahm die Kommission eine Durchführungsverordnung zur Stärkung der nachhaltigen, urbanen Mobilität an. Sie ist Teil der überarbeiteten TEN-V-Verordnung (EU) 2024/1679 und weist die Mitgliedstaaten an, Daten zur städtischen Mobilität zu erheben. Die Verordnung gibt Modalitäten vor, wie diese Daten zu erheben sind, lässt den Mitgliedstaaten

jedoch genug Spielraum, die Datenerhebung angepasst an die nationalen, regionalen und lokalen Gegebenheiten durchzuführen. Ziel der Verordnung ist es, eine bessere Grundlage für die urbane Mobilitätsplanung zu schaffen, die auch Nachhaltigkeit, Sicherheit und Zugänglichkeit umfasst.

https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/commission-adopts-implementing-regulation-strengthen-sustainable-urban-mobility-through-harmonised-2026-07-09_en?prefLang=de&etrans=de

E n e r g i e

Kommission; Auszahlung von EU-ETS-Einnahmen aus dem Modernisierungsfonds für Investitionen in saubere Energiesysteme

Am 02.07.2026 kündigten die Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) in einer gemeinsamen Pressemitteilung die Auszahlung von Mitteln aus dem Modernisierungsfonds in Höhe von 2,5 Mrd. EUR an. Die Finanzmittel werden für die Unterstützung von 51 Energieprojekten in 11 Mitgliedstaaten ausgezahlt und wurden durch Einnahmen aus dem EU-Emissionshandelssystem (EU-EHS) finanziert. Der Fonds unterstützt einkommensschwächere Mitgliedstaaten bei der Modernisierung ihrer Energiesysteme, um Energie- und Klimaziele umsetzen zu können und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken. Die Unterstützung umfasst hauptsächlich Projekte in den Bereichen Strom aus erneuerbaren Energien, Nutzung und Einsatz erneuerbarer Energiequellen, Energieeffizienz und Modernisierung der Energienetze.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1501

F o r s c h u n g

Kommission; Künstliche Intelligenz, KI-Beratungsgremium

Die Kommission hat am 22.06.2026 einen Aufruf zur Bewerbung veröffentlicht, der sich an Expertinnen und Experten im Bereich der Künstlichen Intelligenz richtet. Hintergrund ist, dass die Kommission im Rahmen ihrer Strategie zur Künstlichen Intelligenz für die Wissenschaft ein virtuelles, EU-weites Forschungsinstitut einrichtet („RAISE“). RAISE soll von einem High-Level Academic Advisory Board beraten werden, um die Strategie für die Wissenschaft voranzubringen. Dies soll einhergehen mit einem Förderschwerpunkt zu KI im Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa. Die Beratergruppe soll daher unabhängige wissenschaftliche Beratung zum Thema „KI in der Forschung“ leisten, zur Politikgestaltung beitragen und neue Forschungsprioritäten über Disziplinen hinweg identifizieren. Gesucht werden zehn bis fünfzehn führende Forschende mit ausgewiesener Expertise in der KI-Forschung. Deren Tätigkeit soll in persönlicher Eigenschaft für eine Amtszeit von zwei Jahren laufen. Bewerbungen können bis zum 04.09.2026 bei der Kommission eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/transparency/expert-groups-register/screen/expert-groups/consult?lang=en&groupID=4035&fromCallsApplication=true>

Kommission; Biodiversität

Die Kommission hat am 01.07.2026 bekannt gegeben, dass sie im Bereich der Forschung zum Thema Biodiversität eine neue umfangreiche Förderausschreibung lancieren wolle. Umgesetzt wird die Ausschreibung über die europäische Partnerschaft "Biodiversa+", finanziert vom Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa. Die transnationale Ausschreibung befasst sich mit dem Thema Biodiversität, auch in sozio-ökologischer Hinsicht, und hat das Ziel, Forschung zu künftigen Entwicklungen der Ökosysteme zu fördern. Mit einem Gesamtbudget von 40 Mio. EUR werden Forschungsprojekte entlang von drei Themenschwerpunkten gefördert. Einreichfrist für Kurzanträge ist Anfang November 2026.

Forschungsaspekte sind: 1. Das Verständnis der Funktionsweise neuartiger Ökosysteme und ihrer Verbindungen zu soziokulturellen Dynamiken; 2. die Identifizierung von Mechanismen und Entwicklung von Ansätzen, die einen Zuwachs an biologischer Vielfalt ermöglichen können; 3. die Untersuchung robuster, plausibler und konkreter Wege zu neuartigen Ökosystemen und den damit verbundenen sozioökologischen Dynamiken.

<https://www.biodiversa.eu/2026/06/09/2026-2027-joint-call/#info>

F i n a n z e n

Kommission; Überarbeitung der Europäischen Standards für Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESRS)

Am 03.07.2026 hat die Kommission überarbeitete Europäische Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESRS) sowie einen freiwilligen Berichtsstandard für kleinere Unternehmen verabschiedet. Ziel dieser Maßnahmen ist es, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen in der EU zu reduzieren, ohne die Qualität der offengelegten Informationen zu beeinträchtigen. Die ESRS umfassen ökologische, soziale und Governance-Themen wie Klimawandel, Biodiversität und Menschenrechte und sollen Investoren und anderen Interessengruppen eine transparente Einschätzung von Nachhaltigkeitsrisiken ermöglichen. Die Überarbeitung der Standards ist Teil des Vereinfachungspakets „Omnibus I“ zur Nachhaltigkeitsberichterstattung in der EU und dem Anwendungsbereich der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD). Zusätzlich wurde ein freiwilliger Berichtsstandard für kleinere Unternehmen eingeführt, die nicht unter die CSRD fallen. Die delegierten Rechtsakte zur Überarbeitung der ESRS und zur Festlegung des freiwilligen Berichtsstandards wurden dem EP und dem Rat zur Prüfung vorgelegt. Die Maßnahmen treten in Kraft, sobald die zweimonatige Prüfungsfrist – die um weitere zwei Monate verlängert werden kann – abgelaufen ist.

https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/nachhaltigkeitsberichterstattung-uberarbeitete-standards-verringern-verwaltungsaufwand-fur-2026-07-03_de

Kommission; Jährlicher Steuerbericht 2026

Die Kommission hat am 10.07.2026 ihren jährlichen Steuerbericht (Annual Report on Taxation, ART) veröffentlicht. Aus dem Bericht geht hervor, dass sich die Steuerquote der EU im Jahr 2024 auf insgesamt 39,4% des BIP leicht erhöht habe. Der Anstieg wurde in 22 Mitgliedstaaten verzeichnet, was laut Kommission vor allem auf eine stärkere Abhängigkeit von Arbeitssteuern – einschließlich Sozialbeiträgen – zurückzuführen war. Der Bericht analysiert die Besteuerung und aktuelle steuerpolitische Trends in den Mitgliedstaaten. Vor dem Hintergrund makroökonomischer Herausforderungen, wie schwachem Wirtschaftswachstum, Inflation, demografischem Wandel und der Finanzierung der grünen und digitalen Transformation, wurde das Zusammenspiel von Steuergestaltung, steuerlichen Anreizen und politischen Zielen untersucht. Der Bericht beleuchtet zudem die jüngsten Entwicklungen beim Steuermix, aktuelle steuerpolitische Initiativen und die Steuerkonformität.

https://taxation-customs.ec.europa.eu/news/european-commissions-annual-tax-report-art-provides-latest-insights-revenue-mix-2026-07-10_en

EP; Verabschiedung neuer Vorschriften für Sozialleistungen mobiler Arbeitnehmer

Am 07.07.2026 hat das Europäische Parlament eine Reform der Verordnung zur Koordinierung der Sozialversicherungssysteme angenommen. Mit der Reform sollen die Freizügigkeit gestärkt, Sozialleistungsbetrug bekämpft und der grenzüberschreitende Zugang zu Sozialversicherungsansprüchen innerhalb des EU-Binnenmarktes und zwischen den Mitgliedstaaten erleichtert werden. Die neuen Vorschriften betreffen insbesondere Arbeitslosen-, Familien- und Langzeitpflegeleistungen. Genauer wird geregelt, welcher Mitgliedstaat für die Zahlung von Leistungen, insbesondere für Grenzgänger, zuständig ist. Ein Anspruch auf Arbeitslosengeld aus dem EU-Land vor Wegzug soll künftig für mindestens sechs Monate bestehen. Im Bereich der Familienleistungen soll klarer zwischen einkommensersetzenden Leistungen für die Kinderbetreuung und sonstigen Familienleistungen unterschieden werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und eine ausgewogenere Verteilung der Betreuungsaufgaben zu unterstützen. Zudem sollen für entsandte Arbeitnehmer strengere Vorschriften gelten, um Missbrauch und Betrug zu verhindern. So wird beispielsweise ein obligatorisches Vorabmeldesystem eingeführt. Eine vorläufige Einigung wurde bereits am 22.04.2026 erzielt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0239_EN.html

Gesundheit und Verbraucherschutz

EP; SANT-Ausschuss stimmt Kompromiss zum Rechtsakt für kritische Arzneimittel zu

Der SANT-Ausschuss des Europäischen Parlaments hat in seiner Sitzung am 14.07.2026 einem Kompromisstext zugestimmt. Dieser enthält einen Vorschlag für eine Verordnung, die einen Rahmen zur Stärkung der Verfügbarkeit und Versorgungssicherheit mit kritischen Arzneimitteln schafft. Zudem soll sie die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Arzneimitteln von gemeinsamem Interesse verbessern. Die EU-Institutionen erzielten eine vorläufige Einigung zum Rechtsakt am 12.05.2026. Eine Billigung der vorläufigen Einigung durch den AStV wurde am 30.06.2026 erzielt. Die Abstimmung im EP-Plenum wird derzeit für November 2026 erwartet. Der Rechtsakt hat das Ziel, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, Lieferengpässe zu beseitigen und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken. Dafür sollen u.a. sogenannte Resilienz Kriterien bei Vergabeverfahren für kritische Arzneimittel Anwendung finden sowie die Herstellung kritischer Arzneimittel und ihrer Wirkstoffe innerhalb der EU (EU-Preference) gesteigert werden. Eine Transparenz der Lagerbestände soll Aspekte wie Solidarität und Proportionalität fördern. Eine Umverteilung kritischer Arzneimittel zwischen Mitgliedstaaten soll auf freiwilliger Basis erfolgen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11059-2026-INIT/en/pdf>

EuGH; Deutsches Gericht müsse FIFA-Regeln für Fußballspielervermittler abschließend prüfen

Der EuGH befasste sich in der Rechtssache C-209/23 I RRC Sports mit der Frage, ob verschiedene Regelungen der FIFA für Fußballvermittler mit dem Unionsrecht vereinbar sind. Anlass war eine Klage zweier Spielervermittler vor einem deutschen Gericht gegen Vorschriften, die u.a. Mehrfachvertretungen, Vergütungsobergrenzen, Lizenzanforderungen, Kontaktaufnahmen zu Spielern und Trainern sowie Meldepflichten regeln. Der EuGH entschied am 16.07.2026 nicht abschließend über die Rechtmäßigkeit, sondern überließ die endgültige Bewertung dem deutschen Gericht und gab hierfür rechtliche Leitlinien vor. Dabei stellte er fest, dass insbesondere das Verbot der Kontaktaufnahme mit bereits gebundenen Auftraggebern außerhalb eines bestimmten Zeitfensters gegen das Kartellrecht verstoßen könnte. Zudem könne die FIFA aufgrund ihrer umfassenden Regelungs- und Sanktionsbefugnisse eine marktbeherrschende Stellung innehaben, sodass ihre Vorschriften auf einen möglichen Missbrauch zu prüfen seien. Auch mehrere Regelungen könnten den

freien Dienstleistungsverkehr innerhalb der EU unzulässig einschränken, sofern sie nicht durch legitime Ziele wie den Schutz vor Interessenkonflikten, die Sicherung ethischer Standards oder die Integrität des Transfersystems gerechtfertigt sind. Hinsichtlich der DSGVO betonte der Gerichtshof, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten nur zulässig ist, wenn sie erforderlich und verhältnismäßig ist. Die pauschale Veröffentlichung von Sanktionen gegen Vermittler sowie sämtlicher Transaktionsdaten durch die FIFA sei jedoch mit der DSGVO nicht vereinbar.

<https://curia.europa.eu/site/upload/docs/application/pdf/2026-07/cp260110de.pdf>

Landwirtschaft und Umwelt

EP; Hohe Düngemittelpreise: Mehr Unterstützung für Landwirte

Das EP hat am 07.07.2026 finanzielle Hilfen für Landwirte gebilligt, die infolge der Kriege in der Ukraine und im Iran unter den hohen Düngemittelpreisen leiden. Betroffene Bauern sollen einen schnelleren Zugang zu mehr Direktzahlungen aus der EU erhalten, um so Düngemittel für die nächste Anbausaison zu kaufen. Die Landwirte in der EU können nun Liquiditätshilfen in Höhe von bis zu 80% für die zusätzlich entstandenen Düngemittelkosten erhalten. Die MdEP haben die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen an der Gemeinsamen Agrarpolitik im Eilverfahren verabschiedet. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Landwirtinnen und Landwirte rechtzeitig Unterstützung erhalten, um Düngemittel für die nächste Anbausaison zu kaufen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0240_DE.html

Justiz

EuGH; Urteil zu Urheberrecht in der EU und Geoblocking (Anne Frank Fonds)

Der EuGH hat am 09.07.2026 im Urteil in der Rechtssache C-788/24 (Anne Frank Fonds) geklärt, wann eine „öffentliche Wiedergabe“ im Sinne der Richtlinie 2001/29 (Urheberrechtsrichtlinie) vorliegt. Er hat entschieden, dass ein Werk, das gemeinfrei geworden ist, in einem Mitgliedstaat im Internet unentgeltlich verfügbar gemacht werden dürfe, auch wenn es in einem anderen Mitgliedstaat weiterhin urheberrechtlich geschützt ist. Auf der Internetseite, auf der das Werk verfügbar gemacht wird, müsse aber eine „wirksame“ technische Maßnahme auf dem neuesten Stand der Technik verhindern, dass Internetnutzer, die sie von einem Mitgliedstaat aus aufrufen, in dem es geschützt ist, darauf zugreifen können. Es kommt nach Ansicht des EuGH aber nicht darauf an, ob dieser Schutz ggf. umgangen werden könnte. Im Ausgangsrechtsstreit in den NDL geht es um die Tagebücher der Anne Frank, die ihr Vater als einziger Überlebender der Familie 1947 veröffentlicht hat. Der von ihm gegründete Anne Frank Fonds hat nach seinem Tod die Urheberrechte inne. Sie sind in den NDL noch bis 2037 geschützt, während in anderen Mitgliedstaaten, darunter BEL, der Schutz erloschen ist. Die 1957 gegründete Stiftung hat 2021 zusammen mit weiteren Einrichtungen eine wissenschaftliche Ausgabe der Manuskripte in niederländischer Sprache unentgeltlich im Internet zur Verfügung gestellt. Der Zugriff wurde durch ein Geoblocking-System beschränkt, das den Aufruf der Seite von Ländern aus verhindert, in denen die Manuskripte urheberrechtlich geschützt sind. Der Anne Frank Fonds beantragte die Unterlassung der Verbreitung. Der NDL Oberste Gerichtshof hat den EuGH zur Auslegung der Urheberrechtsrichtlinie bzgl. des Vorliegens einer öffentlichen Wiedergabe und des Geoblockings befragt.

<https://infocuria.curia.europa.eu/tabs/document/C/2024/C-0788-24-00000000RP-01-P-01/ARRET/323428-DE-1-html>

Kommission; Schutz von EU-Mitteln: Ungarn tritt der EUSTa bei – EUSTa wird verpflichtend

Die Kommission hat am 10.07.2026 einen Beschluss angenommen, mit dem die Beteiligung HUN an der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) bestätigt wird. HUN hatte den Beitritt im Mai 2026 beantragt. Mit dem Beschluss tritt HUN als 25. Mitgliedstaat der EUSTa bei. Die EUSTa wird nun über eine ständige Präsenz in HUN verfügen. Die Behörde ist seit 2021 für die Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung von Finanzstraftaten im Zusammenhang mit dem EU-Haushalt zuständig. Der Beschluss tritt 20 Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft. HUN muss nun drei Personen für das Amt des Europäischen Staatsanwalts in HUN vorschlagen. Nach Prüfung der Stellungnahme eines unabhängigen Gremiums wird der Rat eine dieser drei Personen ernennen. Weitere Auswirkung des Beschlusses ist, dass die EUSTa-Verordnung nun nicht mehr als Rechtsakt im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit gelten wird, sondern Teil des EU-Besitzstands wird, weil alle 25 Mitgliedstaaten der EUSTa angehören. Damit muss jedes Land, das der EU in Zukunft beitrete, auch der EUSTa beitreten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1586

In n e r e s

Kommission; EU-Aktionsplan zu Cybersicherheit und künstlicher Intelligenz

Die Kommission hat am 07.07.2026 einen Aktionsplan vorgelegt, der den Risiken künstlicher Intelligenz (KI) begegnen und die Chancen fortschrittlicher KI-Modelle für die Cybersicherheit nutzen soll. Unter anderem plant die Kommission, durch eine Ausschreibung eine „Kapazität“ zur Bewertung fortschrittlicher KI-Modelle in der EU zu schaffen, die Cybersicherheit abdecken soll. Zudem will die Kommission gemeinsam mit der EU-Agentur für Cybersicherheit (ENISA) einen Blueprint für den Zugang europäischer Akteure zu fortschrittlichen KI-Fähigkeiten im Bereich Cybersicherheit erarbeiten, der auch Notfallmaßnahmen für den Fall vorsehen soll, dass der Zugang zu der KI mit fortschrittlichen Cyberfähigkeiten durch den Anbieter oder die Behörde eines Drittstaates eingeschränkt oder gesperrt wird. Daneben soll eine Testplattform eingerichtet werden, die Organisationen in kritischen Sektoren dabei unterstützt, KI-Lösungen sicher zu testen und einzusetzen. Auch sollen Organisationen ermutigt werden, KI einzusetzen, um Schwachstellen schneller zu erkennen und zu beheben und ihre Fähigkeit zur Prävention und Abwehr von Cyberangriffen zu verbessern. Hierbei soll ENISA beispielsweise durch Leitlinien und Empfehlungen unterstützen. Auch will die Kommission eine „EU Grand Challenge“ zum Thema „KI für Cybersicherheit“ ins Leben rufen, die Unternehmen, Forscher und Organisationen zusammenbringen soll, um KI-Lösungen für die Cybersicherheit zu entwickeln. Schließlich soll die EU weiterhin in eigenständige KI-Kapazitäten investieren und dabei die von KI-Fabriken („AI Factories“) und künftigen Gigafabriken bereitgestellte Infrastruktur nutzen, sowie private Investitionen fördern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1544

EP; erneute Abstimmung zur sog. CSA-Interims-VO (sexueller Missbrauch von Kindern im Internet)

Das EP hat am 09.07.2026 erneut über die sog. CSA-Interims-Verordnung abgestimmt, die zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet vorübergehende Ausnahmen von bestimmten Vorgaben der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation vorsah und Providern dadurch erlaubte, auf freiwilliger Basis Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern automatisiert aufzudecken, an Strafverfolgungsbehörden zu melden und zu löschen. Diese Interims-Verordnung sollte eine Übergangslösung bis zum Abschluss der Trilog-Verhandlungen über einen dauerhaften Rechtsrahmen sein. Obwohl die Verhandlungen über den dauerhaften Rechtsrahmen bis heute nicht abgeschlossen sind, lief die Interims-Verordnung aber am 03.04.2026 aus, nachdem sich der Rat und das EP nicht

auf eine Verlängerung hatten einigen können. Der Rat verwies die Interims-VO nun erneut an das EP zurück. In dieser Phase des Verfahrens war eine absolute Mehrheit im EP erforderlich, um den Standpunkt des Rates (das unveränderte Wieder-in-Kraft-Setzen der ausgelaufenen Interims-Verordnung) abzulehnen oder zu ändern. Für eine Ablehnung fand sich am 09.07.2026 im EP keine absolute Mehrheit. Allerdings sprach sich eine absolute Mehrheit des EP dafür aus, den Geltungsbereich zukünftig einzuschränken und Kommunikation, bei der eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung verwendet wurde oder wird, auszunehmen. Der Rat hat drei Monate Zeit, diese Änderung des EP unverändert anzunehmen. Sollte der Rat diese Änderung des EP nicht annehmen, würde es einen Vermittlungsausschuss geben.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260706IPR46318/bekampfung-sexuellen-kindesmissbrauchs-ep-fur-enger-gefasste-ausnahmeregelung>

Information, Kommunikation und Medien

EuGH; Verbreitungsverbot für Inhalte von Russia Today

Der EuGH hat mit Urteil vom 02.07.2026 in der Rechtssache C-67/25 (Traugott Ickeröth) entschieden, dass das unionsrechtliche Verbot der Verbreitung von Inhalten des Senders RT - Russian Today Germany auch für Personen gilt, die diese Inhalte über eine für die Öffentlichkeit kostenlos zugängliche Website verbreiten. Dem Vorabentscheidungsersuchen liegt ein in DEU gegen drei Personen geführtes Strafverfahren zugrunde, denen vorgeworfen wird, mehrfach auf einer solchen, ausschließlich durch freiwillige Nutzerzuwendungen finanzierten Website, Videos des Senders veröffentlicht zu haben. Das mit dem Verfahren befasste deutsche Gericht hatte Zweifel, ob die Betroffenen angesichts dieser Umstände als „Betreiber“ im Sinne des Verbots eingestuft werden können. Der EuGH ist dem nicht gefolgt: Es sei ohne Bedeutung, ob die Verarbeitung im Rahmen einer wirtschaftlichen Tätigkeit erfolge. Als „Betreiber“ gelten vielmehr alle Personen, die direkt oder indirekt für die Bereitstellung verbotener Inhalte verantwortlich sind, auch wenn dies unentgeltlich oder über eine durch Spenden finanzierte Website geschieht. Weder der Umfang noch die Dauer der Verbreitung seien dabei von Bedeutung. Der EuGH begründet dies damit, dass nur diese Auslegung es erlaube, die Verbreitung der Propaganda der Russischen Föderation zu verhindern und so die öffentliche Ordnung und Sicherheit der EU zu schützen.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-67/25>

Veranstaltungen

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und die Zukunft der Europäischen Menschenrechtskonvention

Am 14.07.2026 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU auf Einladung des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz sowie des Hessischen Ministers des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz Prof. Dr. Roman Poseck eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und die Zukunft der Europäischen Menschenrechtskonvention“ statt. Anlass für die Podiumsdiskussion war der Geltungsbeginn der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) am 12.06.2026. In seiner Begrüßungsrede führte Innenminister Prof. Dr. Poseck aus, dass Migration ein zentrales Zukunftsthema für Europa und für das Vertrauen der Menschen in die Demokratie sei. Die GEAS-Reform sei ein Meilenstein. Die politischen Diskussionen über den besten Weg bei diesem vielschichtigen Thema müssten aber weitergehen, damit individueller Schutz gewährleistet und gleichzeitig politische Handlungsfähigkeit erhalten bleiben könne. Prof. Dr. Angelika Nußberger (Universität Köln), ehemalige Richterin am Europäischen Gerichtshof für

Menschenrechte (EGMR), führte zur Frage der Vereinbarkeit der Reform mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) aus, dass entscheidend sei, wie die neuen Verfahren nun in der Praxis konkret umgesetzt und wie entsprechende Einrichtungen konkret ausgestaltet würden, insbesondere falls dort Kinder untergebracht werden. Innenminister Prof. Dr. Poseck hob in der Diskussion hervor, dass Modelle unter Einbeziehung sicherer Drittstaaten auch ein psychologisches Signal nach außen und einen notwendigen Baustein einer wirksamen Asyl- und Migrationspolitik darstellen. Wer kein Recht auf Aufenthalt habe, müsse zurückkehren. Dies sei das Gebot der Konsequenz des Rechtsstaats. Prof. Dr. Daniel Thym (Universität Konstanz), Leiter des Forschungszentrums Ausländer- und Asylrecht, wies darauf hin, dass man sich derzeit in einer Phase mit niedrigen Asylantragszahlen befinde und abzuwarten sei, ob die neuen Verfahrensregelungen in der Praxis tatsächlich funktionierten, insbesondere ob die neuen Verfahren an den Außengrenzen innerhalb der vorgesehenen kurzen Fristen durchgeführt werden können. Im Hinblick auf politische Forderungen nach weiteren Reformen – konkret nach Einführung eines Rechts auf Zurückweisung bei instrumentalisierter Migration – erläuterte MdEP Lena Düpont (EVP/DEU), Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des EP, die Hintergründe für diese Forderung aus der EVP. Sie verwies darauf, dass (staatliche) Akteure an der Ostgrenze der EU ein „Schleuserbusiness“ in die EU hinein betrieben, welches insbesondere von den baltischen Staaten als Teil hybrider Kriegsführung gegen die EU gesehen werde, und dass dieses Phänomen bisher zu wenig Beachtung im rechtlichen Kodex der EU gefunden habe. Die beim EGMR aktuell anhängigen Verfahren, die die Frage nach einem solchen Recht auf Zurückweisung betreffen, sind aus Sicht von Angelika Prof. Dr. Nußberger, auch nach der politischen Erklärung von Chişinău, für den EGMR höchst schwierig zu entscheiden. Die politische Erklärung selbst, die den EGMR auffordert, bei seinen migrationsbezogenen Urteilen stärker die Staateninteressen zu gewichten, hielt Angelika Prof. Dr. Nußberger in ihrer finalen Form aber durchaus für ausgewogen und diplomatisch gelungen. Innenminister Roman Prof. Dr. Poseck erklärte hierzu, dass er sich mitunter ein stärkeres Verständnis der Rechtsprechung für den erheblichen politischen Handlungsdruck wünsche, damit politische Gestaltungsmöglichkeiten erhalten blieben. Zugleich sprach er sich uneingeschränkt für eine starke und unabhängige Justiz aus, die für ihn auch ein wesentlicher Garant von Rechtssicherheit sei.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

20./21.07.	Informelle Ministertagung „Wettbewerbsfähigkeit“ (Forschung und Innovation)
23./24.07.	Informelle Ministertagung „Umwelt und Energie“
27.07.	Rat „Wirtschaft und Finanzen“ (Haushalt)
28./29.07.	Informelle Ministertagung „Fischerei“

Europäische Kommission

22.07. Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte

Europäisches Parlament

In den nächsten zwei Wochen findet keine Plenarsitzung statt.

Europäischer Gerichtshof

Die Zeit vom 17.07. bis 31.08.2026 ist an sich sitzungsfrei. Grundsätzlich finden weder mündliche Verhandlungen statt noch werden Urteile verkündet oder Schlussanträge verlesen.

Gleichwohl ist nicht ausgeschlossen, dass während der sitzungsfreien Zeit, z.B. in Eilverfahren, ein Termin anberaumt wird oder dass den Parteien Beschlüsse zugestellt werden.

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 31.07.2026.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA